

10 Punkte zur Vermeidung der Deindustrialisierung der Energieintensiven

Die Chemieindustrie und die energieintensiven Sektoren Mitteldeutschlands sind angetreten, mit einer Transformation ihren Beitrag für den Klimaschutz zu leisten.

Entscheidende Basis sind die gegebenen besonderen Verbundstrukturen mit den resilienten Lieferketten.

Die Politik sollte auf die Eigeninitiative der Unternehmen vertrauen, die Treibhausgasneutralität zu erreichen.

Die Unternehmen der Chemieindustrie haben das Knowhow thermodynamisch, technologisch und letztlich wirtschaftlich beurteilen zu können, wie die Vermeidungskosten für Treibhausgase minimiert werden können. Daraus ergeben sich nicht nur Ideen, sondern konkrete Projekte, die bereits auch schon vorliegen. Diese Innovationen sollte die Politik gezielt fördern.

Vor allem ist kurzfristig das Überleben der regionalen Wirtschaft im internationalen Wettbewerb durch faire Rahmenbedingungen und vergleichbare Energiekosten zu sichern. Ohne innovative heimische Chemieindustrie kein Klimaschutz in Deutschland und Verlust des Wohlstands, der Resilienz und zigtausender Arbeitsplätze.

Aufgabe der Politik sollte zukünftig nicht die Vorgabe von Quoten, Einzelzielen, Verboten, Geboten und Importsubventionen bezüglich der Transformation der Industrie sein. Die Politik muss die Klimaziele und die Phase zur Umsetzung der nachhaltigen Transformation mit realistisch erreichbaren Inhalten und Zeiträumen gestalten.

In diesem Sinne wurden die folgenden 10 Punkte als Aufgabenstellung für die Politik formuliert.

1. Steigende CO₂-Kosten gefährden das Überleben der energieintensiven Industrie

Daher: Reform des Emission Trading Systems (ETS) mit weiteren kostenlosen Zuteilungen von Zertifikaten und Einfrieren des Status quo inklusive der Benchmarks. Idealerweise wird die Chemieindustrie temporär vom ETS-System ausgenommen, bis ein fairer Wettbewerb wieder erreicht ist. Die CO₂-Preise sind auf ein globales Minimum anzupassen. Die Klimaziele sind mit den großen Volkswirtschaften wie USA, China, Indien zu harmonisieren.

Daher: Reform des Carbon Border Adjustment Management (CBAM), da es derzeit so nicht funktioniert. CBAM-Testphase ohne zusätzliche Belastung für die EU-Wirtschaft ist zu riskant (Tests können scheitern – in der Wirtschaft bedeutet das in diesem Fall die Deindustrialisierung der EU)

2. Anerkenntnis der kritischen Basischemikalien wie beispielsweise Ammoniak, Methanol und die Olefine und Aromaten als Produkte der Steamcracker, da sie als Rohstoffe resilienter Lieferketten fungieren.
Anerkenntnis der Standorte des mitteldeutschen Chemiedreiecks mit seinen Industrieparks als kritische Standorte im Sinne der Critical Chemical Alliance der EU-Kommission.
3. Stabilisierung des Strompreises durch Industriestrompreis und Erweiterung der Strompreiskompensation auf einem Niveau, das die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit wieder herstellt. Die Umsetzung der ökologischen Gegenleistungen muss pragmatisch gehandhabt werden. Sie ist genehmigungsrechtlich in die Kategorie „im überragenden öffentlichen Interesse“ einzustufen und so zu beschleunigen.
4. Netze und Speicher für Strom, Erdgas, Wasserstoff und künftig Kohlendioxid sind Bestandteil der Daseinsfürsorge. Die Kosten für diese Investitionen dürfen nicht über die Netzentgelte auf die Industrieunternehmen übergewälzt werden.
5. Der Fortschrittsbericht 2026 zum Stand der Umsetzungen der Ergebnisse der Kohlekommission sollte den Strukturwandel in den Revieren neu bewerten und Maßnahmen zum Erhalt der Industrie vorschlagen.
6. Bei der Realisierung der Gaskraftwerke sollten die Projekte in Sachsen-Anhalt mit an erster Stelle stehen.
7. Rechtliche Anerkenntnis des Carbon Capture and Utilization (CCU) bei der Herstellung von Methanol und Harnstoff.

8. Nutzung der Option onshore bei Carbon Capture and Storage (CCS) in den Bundesländern mit großem Potential an nicht oder schwer vermeidbaren CO₂-Emissionen.
9. Vergütung für Negativemissionen bei der Nutzung von Bioenergie und Biorohstoffen mit Carbon Dioxide Removal (CDR)
10. Förderung der Kreislaufwirtschaft mit der Nutzung der Altkunststoffe

Dr.-Ing. Christoph Mühlhaus

Januar 2026

Sprecher Kooperationsnetzwerk Chemie +

Ansprechpartner Chemie des Forum Rathenau

☎ +49 176 41831425

christoph.muelhaus@web.de